Noch einmal guten Morgen aus dem Journalstudio.

Ich bin Veronica Filiz.

Hat ein Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine doch wieder eine Chance.

Russland redet jedenfalls mit der Türkei.

Das Land hat sich ja schon einmal als Vermittler gegeben.

Auch um Alternativen zu einem neuen Abkommen geht es da offenbar.

In alten Streitmodus verfallen China und Indien wieder.

Diesmal geht es um eine Landkarte, auf der Peking Indisches Territorium als chinesisch ausweist.

Woher die Zutaten kommen, die in Großküchen verwendet, also verkocht werden,

das muss ab heute ausgewiesen werden, meist wird das aber nur eine generelle Prozentangabe sein.

Und eine Prozentzahl sorgt innerhalb der EU auch weiter für Sorgenfalten

bei 5,3 Prozent liegt die Teuerung.

Allerdings im Schnitt der Euro-Länder in Österreich ist sie bekanntlich noch höher.

Was der Chef der Euro-Gruppe dazu sagt, hören Sie gleich.

Und auch warum die Präsidentin der Richtervereinigung jetzt ihre Funktion zurücklegt, das hat mit Koalitionszwist zu tun.

Zuerst wird es aber spätsommerlich, trotz meteorologischem Herbst, beginne Kulabiermeier.

Es wird wärmer und zeitweise sonnig.

Bis Sonntag sind auch ein paar Schauer dabei.

Die kommende Woche bringt dann sehr stabiles, sonniges und meist auch warmes Wetter.

Aktuell in Wien und Eisenstadt bewölkt bei 16 Grad, St. Pölten bewölkt 15,

Linz leichter Regen 15, Salzburg bewölkt 14, Innsbruck Wollkig 13,

Bregenz bewölkt 16, Graz bewölkt 15 und Klagen fort Wollkig 14 Grad.

Vorerst halten sich noch viele Wolken und vom Inviertel bis ins Nordbogenland kann es ein bisschen regnen.

Nach und nach kommt aber überall zeitweise die Sonne heraus.

Im Bereich der Tauern können am Nachmittag einzelne Regenschauer oder Gewitter entstehen.

Höchstwerte 20 bis 26 Grad.

Am Wochenende ein paar Grad wärmer, oft sonnig, am Samstag nur für Einzelschauer,

am Sonntag von Salzburg ostwärts windig und ein paar Schauer oder Gewitter.

Die Außenminister Russlands und der Türkei haben also über eine mögliche neue Auflage des Getreide-Deals gesprochen.

Den Alten hat Russland im Juli auslaufen lassen.

Das Abkommen hat den Getreide-Export aus der Ukraine über das Schwarze Meer trotz Kriegsichergestellt.

Mit einem neuen Vorschlag der Vereinten Nationen ist Russland aber offenbar nicht zufrieden.

Verena Sophie Meier.

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres hat diese Woche einen Brief nach Moskau geschickt, mit dem Ziel das Getreideabkommen wieder zu bewegen.

Wir haben einige konkrete Lösungen.

Russland hat in den deutschen Nahrungs- und Düngemitteln einen effektiveren Zugang zum Weltmarkt ermittelt.

Sagt der UNO-Generalsekretär.

Russlands Außenminister Sergei Lavrov ist damit offenbar nicht zufrieden.

Der Westen würde weiterhin blockieren.

Statt Versprechungen wolle er harte Garantien,

dass auch Russland Agrarprodukte ungehindert ausführen darf,

dann würde man sofort zu dem Deal zurückkehren,

sagt Lavrov nach einem Treffen mit dem türkischen Außenminister Hakan Fidan in Moskau.

Er pocht ebenfalls auf eine Verlängerung des Deals.

Die beiden Außenminister haben außerdem den bevorstehenden Besuch des türkischen Präsidenten Erdogan

bei Kremlchef Vladimir Putin vorbereitet.

Wir kommen nach Österreich.

Mehr als 2 Millionen Speisen werden da jeden Tag in Großküchen zubereitet

und in Kantinen, Schulen, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen auch gegessen.

Aber heute muss klar sein, wo die Eier, die verwendet werden,

das Fleisch, der Fisch, die Milchprodukte herkommen.

Meilenstein meint die Regierung nur ein erster Schritt meinen Tierschutzverbände

und auch die Landwirtschaftskammer, denn die Gastronomie ist ausgenommen

und es gäbe auch Schlupflöcher. Jürgen Pettinger berichtet.

Zu wissen, woher das Essen kommt,

gäbe er in einem globalen Lebensmittelmarkt zumindest Hinweise auf dessen Qualität,

sagt Christian Jochum von der Landwirtschaftskammer.

Man ist vielleicht als Verbraucher überrascht,

wenn durch eine entsprechende Transparenz klargelegt wird,

dass Rimpfleisch aus Afrika kommen kann,

das Geflügelfleisch aus Thailand kommen kann,

dass Honig aus China kommt

und dass das in den heimischen Küchen und Gerichten verbreitete ist, als man glaubt.

Die neue Regelung bietet aber auch Schlupflöcher,

kritisiert Veronica Weißenböck von vier Pfoten.

Über das Jahr gerechnet kann man dann sagen, 40% kommt aus Österreich vom Rimpfleisch

und 30% aus EU-Ländern und dann noch ein paar Prozent aus nicht-EU-Ländern.

Da weiß man ja erst recht wieder nicht, woher kommt das eigentlich wirklich.

Von mehr Transparenz spricht die Bundesregierung,

eine Ausweitung auf die Gastronomie, wie von vielen gefordert,

seit derzeit aber nicht geplant.

Nicht immer wird die Herkunft der verwendeten Zutaten

auf den einzelnen Menüplänen stehen

und auch nicht für jede einzelne Speise angegeben sein,

das sagt Manfred Runge vom Dachverband der Gemeinschaftsversorger.

Auf Plakaten werden die Prozentangaben einen Überblick geben,

das sei dennoch transparent.

Weit ist es schon so, dass wir zum Beispiel, wenn wir Rimpfleisch verwenden,

dann wird Rimpfleisch selbstverständlich zum 100% aus Österreich gekauft.

Es kann aber sein, dass eine Lieferung das ein oder andere Mal

des Rimpfleisch aus Österreich nicht standhält

und daher haben wir uns für diese Variante entschieden.

Es ist eine gute Variante, das prozentmäßig auszusehen.

Aber finden Sie das transparent genug,

wenn da nur Prozente stehen und vielleicht auch

als Herkunft nur ein EU-Land oder ein Nicht-EU-Land angegeben wird?

Es ist transparenter und ehrlicher, als wenn man angeben müsste,

dass das heute so ist und ich es nicht angeben kann,

weil ich meine Planungen für die Menüpläne ja Wochen

in Vorhörnoss mache.

Das heißt, ich glaube, wenn der Konsument die Konsumentin in Erfahrung bringt,

dass das Rimpfleich zum Beispiel zu 98 oder 95% aus Österreich stammt,

dass das wirklich eine klare und ehrliche Aussage ist.

Meint Manfred Runge vom Dachverband der Gemeinschaftsversorger

im Morgenjournal das gesamte Gespräch können Sie

über unser Online-Angebot nachhören.

Dass man mit Geografie auch Politik machen kann,

das zeigt die Volksrepublik China einmal mehr.

Und zwar mit einer Landkarte, die neu überarbeitet wurde.

Dort werden jetzt ein indischer Bundesstaat und eine Hochebene

im Himalaya als offizielles Territorium Chinas ausgewiesen.

Indien fühlt sich provoziert und das jüngste politische Tauwetter

zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt

dürfte schon wieder zu Ende sein, berichtet aus Peking Josef Dollinger.

Arunajal Pradesh ist die östlichste Provinz Indiens gleich neben Bhutan.

Sie ist etwa so groß wie Österreich.

Doch in China heißt diese Provinz jetzt Südtibet

und ist Teil der Volksrepublik China.

Das kann man auf der neuesten amtlichen Landkarte Chinas nachlesen,

die vor wenigen Tagen in Peking veröffentlicht wurde.

Indien hat sofort heftigen diplomatischen Protest eingelegt,

der Versöhnungskurs mit China beim Pricks Gipfel letzte Woche scheint vergessen.

Indien und China streiten schon seit Jahrzehnten um Gebiete im Himalaya.

Es gab sogar schon Krieg deswegen.

Der neu aufgeflamnte Grenzstreit könnte auch den G20-Gipfel

nächste Woche in Indien stören.

Xi Jinping könnte seine Teilnahme daran absagen.

Wir bleiben noch bei Auslandsthemen, schauen in die USA.

Dort sind zwei rechtsradikale Milizführer zu langen Haftstrafen verurteilt worden,

wegen ihrer Beteiligung am Sturm auf das Kapitol im Jänner vor zwei Jahren.

Die Anhänger von ex-US-Präsident Donald Trump wollten damals verhindern,

dass der Wahlsieg von Joe Biden offiziell bestätigt wird.

Und die zwei Mitglieder der sogenannten Proud Boys sollen die Attacke angestiftet haben.

Verena Sophie Meier berichtet.

Joe Biggs ist ein ehemaliger Soldat

und als Anführer der rechtsradikalen Proud Boys hat er eine zentrale Rolle beim Angriff auf das Kapitol. Wegen aufrührerischer Verschwörung muss er nun 17 Jahre ins Gefängnis. Ein weiterer Proud Boys-Anführer wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Beide haben bei der Strafmaßverkündung in Washington geweint. Joe Biggs hat unter Tränen zugegeben, Mist gebaut zu haben. Er sei am Tag des Aufstands von der Menge verführt worden, aber er sei kein Terrorist, wie ihm das die Staatsanwaltschaft vorwirft. Die Staatsanwälte setzen den Angriff auf das US-Parlament mit einem Bombenanschlag auf ein Gebäudegleich. Biggs und seine Mitstreiter hätten das Ziel gehabt, Angst und Schrecken zu verbreiten. Sie hatten sogar 33 Jahre Haft gefordert. Geworden sind das mit 17 Jahren Haft etwa halb so viel. Das ist aber noch immer die bisher zweithöchste Strafe für die Kapitollstürmer. Der Richter argumentiert, es habe keine massenhaften Opfer gegeben, doch Abschreckung sei nötig. Der Angriff habe mit der Tradition der friedlichen Machtübergabe gebrochen, eines der wertvollsten Dinge der Amerikaner, die es jetzt so nicht mehr gebe. Die radikalen Trump-Anhänger wollten durch die Erstürmung des Kapitols die Zertifizierung des Wahlsiegs von Joe Biden bei der Präsidentschaftswahl 2020 verhindern. Im Mai war deshalb bereits der Gründer der Oath Keepers einer weiteren rechtsextremen Miliz zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Und weitere Urteile gegen Teilnehmer der Unruhen werden folgen. Es laufen mehr als 1100 Verfahren. Im Schnitt liegt sie recht unverändert bei 5,3 Prozent, die Teuerungsrate, aber halt nur im Schnitt der Euro-Länder. In den einzelnen Mitgliedsstaaten entwickelt sie sich. Die Teuerung ist ganz unterschiedlich. In den Niederlanden zum Beispiel geht sie deutlich zurück, liegt aktuell bei 3,4 Prozent. In Österreich ist sie mehr als doppelt so hoch und sogar wieder auf 7,5 Prozent gestiegen. Das beschäftigt auch den Chef der Eurogruppe, den irischen Finanzminister Pascal Donoghui, der alle 20 Länder vertritt, die den Euro haben. Nadja Hahn hat mit ihm am Rande des Forum Alpachs gesprochen. Wir stehen besser da, als wir glauben, sagt der Chef der Eurogruppe Pascal Donoghui beim Europäischen Forum Alpach. Trotz des Krieges in der Ukraine, der Nachwirkungen der Pandemie und der hohen Inflation habe man eine Rezession verhindert und man erwarte Wachstum, wenn auch wenig. Und es gebe auch eine gute Beschäftigung, all das sei eine Leistung. Europa dürfe sich nicht schlecht reden. Aber die oberste Priorität sei nun, die Inflation zu bekämpfen. Dass die 20 Länder, die den Euro haben,

derzeit völlig unterschiedliche Inflationsraten haben,
das besorgt ihn, aber noch nicht sehr.
Das sei erwartbar, weil die Länder unterschiedlich vom Krieg
und der Energiekrise betroffen sind.
Er vergleicht Litauen und Irland.
Zweitens gebe es eben Länder wie Österreich,
wo die Lohnabschlüsse traditionell höher sind.
Auch das beeinflusst die Inflation.
Mittelfristig müsse die Inflation aber überall sinken.
Nächstes Jahr würde sie im Schnitt schon in der Eurozone
wieder unter 3 % liegen.
Derzeit beträgt sie im Schnitt etwas über 5 %.
Und nächstes Jahr wird unsere Inflation unter 3 % liegen.
Wir sollten das Geld investieren,
in die Entscheidungen, die unserer Ökonomie grüner werden.
Auch die Kapitalmärkte müssten stärker werden,
um innovative Unternehmen zu finanzieren,
etwa über Pensionsfonds.
Und es braucht er auch mehr Bereitschaft für Risiko,
etwa Spareinlagen einzusetzen.
Europa müsse führend dabei sein,
den Wiederaufbau in der Ukraine zu finanzieren.
Es gehe um Wirtschaft und um Sicherheit.
In seiner Rolle als irischer Finanzminister sagt er,
er gehe nicht davon aus, dass das Geld dafür aus dem EU-Haushalt kommt,
sondern dass dies extra von den Staaten geleistet wird.
Auch der digitale Euro ist Donnerhoh ein Anliegen.
Es gehe darum, digitale Transaktionen in der Eurozone
auch künftig in der eigenen Währung zu zahlen.
Von der grünen Wende bis hin zum Kaffee.
Anstatt in anderen Währungen oder Währungen aus dem Privatsektor.
Die Euro Münzen und Scheine, die würden uns aber erhalten bleiben, versichert er.
Nadja Hahn hat berichtet.
In Italien, wir bleiben also noch in einem Euro-Land,
da gibt es gleich mehrere Probleme am Arbeitsmarkt.
Zum einen gibt es eine hohe Jugendarbeitslosigkeit,
zum anderen streitet die Politik um einen gesetzlichen Mindestlohn von 9 Euro.
Eli Schlein, Chefin der italienischen Sozialdemokraten,
wirft der Regierung vor, die Augen vor einem gewaltigen Problem zu verschließen.
Vor diesem realen Problem von 3,5 Millionen Beschäftigten,
die laut Statistikamt Working Pool sind,
kann diese Rechtsregierung nicht einfach davon laufen.
Italien ist das einzige Land, in dem in den letzten Jahrzehnten
die Löhne nicht nur nicht gestiegen, sondern um 3 Prozentpunkte gesunken sind.

Im Süden verdient einer von vier Beschäftigten weniger als 9 Euro die Stunde. Und mehr über Jobs und Löhne in Italien hören Sie in unserem Wirtschaftsmagazin Saldo ab 9 Uhr 42, hier auf Ö1.

Jetzt ist es 13 Minuten nach 8, wir wechseln das Thema.

Sabine Matheker, die langjährige Präsidentin der Richtervereinigung, legt ihre Funktion zurück.

Hintergrund sind Streitigkeiten in der Regierung, rund um die Besetzung von Spitzenjobs, Max Nikols.

Die unklare Situation stelle eine Belastung für die Richtervereinigung dar, weshalb wir beschlossen haben, eine personelle Änderung durchzuführen, schreibt Sabine Matheker in einer Aussendung zu ihrem Rückzug.

Unklar ist nämlich, wer die seit 1. Dezember 2022 vakante Spitze des Bundesverwaltungsgerichts übernehmen soll.

Nach einem Auswahlverfahren war Matheker die bestgereite Kandidatin, doch offenbar gibt es keine Einigung in der Bundesregierung.

Denn der Bestellung steht die Besetzung eines anderen Spitzenjobs im Weg, es geht um den ebenfalls vakanten Chefposten in der Bundeswettbewerbsbehörde.

Dort will die ÖVP den derzeitigen Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsgerichts Michael Sachs als Leiter, ist aber bisher am Widerstand der Grünen gescheitert.

Umgekehrt soll die ÖVP dem Vernehmen nach der Bestellung Mathekers nicht zustimmen.

Kritik an dieser Taktiererei und Posten kommt von der SPÖ und NEOS.

Am Montag startet im Osten Österreichs wieder die Schule und damit ist heute auch der letzte Tag der Sommerschule in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland.

Schon zum vierten Mal gibt es die zwei-wöchige kostenlose Sommerschule.

Sie soll lernschwächeren Schülerinnen und Schülern Hilfe bieten, um gut ins neue Schuljahr zu starten.

Victoria Waldecker berichtet.

Statt ins Schwimmbad ging es für 36.000 Kinder und Jugendliche in Österreich schon im August in die Schule.

Die zwei-wöchige Sommerschule soll helfen, mögliche Schwächen aus dem vergangenen Schuljahr aufzuholen und das werde gut angenommen, ist Bildungsminister Martin Polaszek zufrieden.

Das, was ja aus Rückmädlungen aus den Schulen auch bekommen ist, dass die Kinder alle mit Leib und Seele dabei sind.

Bildungsexperten fordern allerdings eine Weiterentwicklung der Sommerschule.

Sie müsse auch mit einem Förderprogramm im folgenden Schuljahr verknüpft werden, sagt Hannes Schweiger von der Uni Wien.

Sonst bleibt das etwas Punktuelleres und insofern auch wenig nachhaltig, was jetzt den Lernfortschritt der kindenjugendlichen betrifft.

Dafür sieht Bildungsminister Polaszek allerdings keine Notwendigkeit.

Es gebe bereits zahlreiche Förderstunden und mit weiterlernen.at auch eine kostenlose Online-Plattform als Lernhilfe für Schülerinnen und Schüler.

Und der Schulstart ist für einige Familien eine echte Herausforderung,

nicht nur finanziell.

Auch die Umstellung vom Ferienmodus auf einen Schulalltag ist nicht immer leicht.

Niklas Wager hat Tipps.

Schon jetzt den Schlafrhythmus umstellen,

das empfiehlt Magdalena Rankl von der Radaufdrahtelternseite.

Dabei kann helfen,

dass man als Eltern da vielleicht Anreize setzt,

dass man zum Beispiel einen tollen Ausflug macht, gleich in der Früh.

Eltern sollten positiv über die Schule sprechen und setzen,

wie jetzt beginnt der Ernst des Lebens vermeiden.

Auch das Wiederholen des Schulstoffes vom letzten Jahr lohnt sich,

das lässt sich einfach in den Alltag einbinden.

Magdalena Rankl.

Das gelingt besonders gut, wenn man Stoff auch spielerisch wiederholt,

das im Alltag einbaut.

Also zum Beispiel mal rein in der U-Bahn, übt oder beim Einkaufen,

Dinge zusammenzählt.

Schulfreunde treffen, den Arbeitsplatz sortieren

und über Schulängste sprechen sind weitere Tipps der Expertin.

Für Eltern von Schulanfängern gilt, den Schulweg abgehen

und den ersten Schultag durch besprechen, gibt den Kindern Sicherheit.

Papst Franziskus macht sich wieder auf eine Reise an den Rand der Welt.

In der Mongolei erwartet ihn ab heute eine kleine Gemeinde.

In dem Land zwischen Russland und China gibt es nur knapp 1.500 Katholikinnen und Katholiken.

Der starke Einfluss Chinas macht den Papstbesuch auch auf einer politischen Ebene interessant,

denn die Beziehungen zwischen Peking und dem Vatikan sind schwierig.

Alexander Hecht.

Die etwa 1500 Katholikinnen und Katholiken würden sich durch den Besuch des Papstes

im Herzen der Kirche fühlen, sagt Kardinal Marengo,

der apostolische Prefekt in Ulaanbata.

Erst seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes war etwas mehr als 30 Jahren,

herrscht wieder Religionsfreiheit.

Dabei hat die Mongolei eine christliche Tradition, die Jahrhunderte zurückreicht.

Papst Franziskus wird wohl auch den Umweltschutz zum Thema machen.

Die Mongolei leidet unter dem Klimawandel, der Temperaturanstieg für Zutrockenheit.

Die Luft in Ulaanbata ist wegen der vielen Kohleöfen besonders schlecht.

Das offizielle Besuchsprogramm beginnt morgen.

Und jetzt ist Martha Georgie vom Wort mit den Nachrichtenmeldungen.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaften kritisieren den Entwurf des Bildungsministeriums

zur Novelle des Schulunterrichtsgesetzes.

Es soll Schülerinnen und Schüler besser vor physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt schützen.

Es sei unrealistisch, dass das Ministerium dafür keine zusätzlichen Finanzmittel bereitstelle,

heißt es in einer Stellungnahme.

Die Novelle sieht an jeder Schule unter anderem ein Kinderschutz-Team vor.

Da braucht es eben mehr Ressourcen für Schulungen sowie für externe Mitarbeiter, um Interessenskonflikte zu vermeiden, so die Kritik.

Russland meldet heute früh wieder ukrainische Drohnenangriffe auf die Hauptstadt Moskau und die südliche Region Kursk.

Nach Angaben des Moskauer Bürgermeisters Sergei Sobjanin soll eine Drohne kurz vor der Stadt abgefangen worden sein.

In Kursk sollen dem Gouverneur zufolge zwei Drohnen eingeschlagen sein.

Ein Wohnhaus und ein Verwaltungsgebäude seien beschädigt worden.

In sechs Gefängnissen in Ecuador halten Häftlinge derzeit mehr als 50 Werter und sieben Polizisten als Geiseln gefangen.

Vor den Geiselnamen hatten Sicherheitskräfte die Gefängnisse nach Waffen und Sprengstoff durchsucht.

Die Regierung sprach zunächst von einer Vergeltungsaktion der Häftlinge.

Es handelt sich jedoch um Protest gegen die Verlegung von Insassen in andere Haftanstalten, wie es jetzt heißt.

Im Ostkongo in der Stadt Goma sind bei der Niederschlagung von Protesten gegen die dortige Friedensmission der Vereinten Nationen

mehr als 40 Menschen getötet worden, 56 wurden verletzt.

Gegen die Friedensmission der UNO im Ostkongo, die seit über 20 Jahren läuft, wird immer wieder protestiert.

Die Zivilbevölkerung wirft dem Blauhelmen vor, sie nicht vor der jahrzehntelangen Gewalt der Milizen geschützt zu haben.

Und noch ein Blick auf das Wetter heute. Es ist zunächst bewölkt von Salzburg Ostwärts etwas Regen.

Später kommt noch die Sonne heraus. Es ist wärmer mit Höchstwerten von 20 bis 26 Grad.

Danke, Magda Georgi, für uns damit enden die Morgenjournale für heute, das Journalteam.

Christine Tönige-Frenkenberger, Gerald Domian, mein Name ist Veronica Filiz, danke für Ihr Interesse.

Haben Sie einen möglichst angenehmen Tag? Hier geht es jetzt um die Herbstwende im Pasticcio mit Stefanie Malatana.